

439. Katalonien – dieses «politische» Urteil ist nicht hilfreich!

Wieso konnte die Justiz sich diesen politischen Racheakt nicht verkneifen?

Vorbemerkung

Die ganzen Umstände, die zum Dauerknatsch zwischen Katalonien und «Restspanien» führten haben wir im Bericht «397. Katalonien – die Altlasten lassen grüssen» abgehandelt.

Inzwischen hatte der Zentralstaat seine Muskeln spielen lassen und alle Spitzen der katalonischen Unabhängigkeitsbewegung in Ketten legen lassen.

Ausser Carles Puigdemont, dem ehemaligen Präsidenten der katalanischen Autonomieregierung. Er konnte rechtzeitig ins Ausland flüchten und befindet sich zurzeit in Belgien.

Die entscheidende Frage: wie hält man es mit der Selbstbestimmung?

Die spanische Verfassung enthält den explosiven Art. 155, indem die Zentralregierung die Einhaltung der Verfassung verlangen und auch durchsetzen kann, also auch mit Gewalt, wobei dies aber nicht ausformuliert ist.

Tatsächlich kennen andere Nationen keinen solchen «Zwangsartikel». Die Schweiz hält in Art. 53 der BV nur fest: «Veränderungen im Bestand der Kantone bedürfen der Zustimmung der betroffenen Bevölkerung, der betroffenen Kantone sowie von Volk und Ständen.» und schliessen das explizit nicht aus. Immerhin wurde so auch die Schaffung des Kantons Jura möglich, die ja noch nicht endgültig abgeschlossen ist – Moutier.

Es ist wohl unser urdemokratisches Denken, dass man Menschen nicht gegen ihren Willen auf Dauer zu etwas zwingen kann, da muss man Lösungen suchen oder wie man oft auch etwas locker sagt, Reisende soll man ziehen lassen!

Eine solche grundsätzliche Überlegung hatte bisher in dem ehemaligen Franco-Staat nicht überraschend keinen Platz. Es gab schon seit Jahren (1977) ein Tauziehen um mehr oder wieder weniger Autonomie für die Region Katalonien, aber auch in anderen Varianten für andere Regionen.

Je nachdem welche Parteien an den Schalthebeln der Macht in Madrid sassen, gab es bessere oder schlechtere Vorschläge für die Katalanen.

Man hatte also rund 40 Jahre Zeit, eine einvernehmliche Lösung zu finden und so war es dann nicht verwunderlich, dass die Separatisten, als sie die Mehrheit im katalonischen Parlament eroberten, nun endgültig eine Separation anstreben wollten.

Statt die Hand zu strecken, quasi, schauen wir mal, ob wir nicht doch noch eine Lösung finden, blieb Madrid absolut stur und der junge König war auch schlecht beraten diese Haltung noch quasi in Stein zu meisseln. Sein Vater hätte das wohl anders gehandhabt.

So an die Wand gespielt zog dann eben die katalonische Autonomieregierung 2017 ihr Referendum durch mit dem Resultat, dass von der knapp der Hälfte Stimmberechtigten, der es zu wählen gelang – Zentralkräfte versuchten das zu verhindern – über 90 % die Unabhängigkeit wollten.

Madrid setzt den Art. 155 um, schickte die katalanische Regierung in die Wüste und setzte die Region unter Sonderverwaltung sowie verhaftete alle politischen Spitzenleute der Separatisten, soweit sie denen habhaft werden konnte.

Um international Gewicht zu erhalten, hatte sich die katalanische Autonomieregierung auch an verschiedene Institutionen und Nationen gewandt.

Diese antworteten fast ausnahmslos in zwei Richtungen: a) das wäre eine innerspanische Angelegenheit und b) sei für sie massgebend die Regierung in Madrid, welche das Land rechtmässig vertreten würde.

Auch nicht überraschend, wollte sich doch niemand da die Finger verbrennen, das hätten die Separatisten wissen müssen. Schliesslich geht es nicht um eine sträflich unterdrückte Volksgruppe, sondern nur um eine Region, welche es aus geschichtlichen Gründen einfach nicht so recht mit den anderen kann.

Das ist zwar vielleicht auch schmerzhaft, aber muss eben schon intern gelöst werden, selbst wenn es dann zu einer externen Lösung führt!

Das krasse Urteil

Die Staatsanwaltschaft musste zwar zurückbuchstabieren, mit der schwerwiegenden Umsturzanklage war dann nichts zu machen. Aber Rebellion, Ungehorsam, das haute hin, stimmt auch, denn die Katalanen hatten trotz Verbot des höchsten spanischen Gerichtes eine Autonomieabstimmung durchgezogen.

Nach 52 Verhandlungstagen wurden 9 von den 12 Angeklagten zu Haftstrafen zwischen 9 bis 13 Jahre Gefängnis verurteilt.

Wir kennen solche Strafzumessungen eigentlich nur bei schweren Kapitalverbrechen. Es kam niemand zu Tode und es gab auch nicht mehr Sachschaden als an einer heftigen Demo am 1. Mai in Berlin-Kreuzberg! Immerhin sitzen die meisten der Angeklagten auch schon rund 2 Jahre in Untersuchungshaft.

Es hätte also genügt, die Strafen so festzusetzen, dass nach einem kurzen Gefängnisaufenthalt unter Anrechnung der Untersuchungshaft alle Angeklagten wieder die Freiheit gelangt wären.

Nein, diese Strafzumessung entsprach zwar nicht den völlig entrückten Vorstellungen der Staatsanwalt (die wollte 25 Jahre wegen Umsturzversuchs), konnte sich aber auch nicht von einer politischen Urteilzumessung lösen.

Das wird nicht gut gehen ...

Die Katalanen haben ab sofort nun staatliche geschaffene Märtyrer und selbst gemässigte Vertreter oder solche, welche gar gegen eine Abtrennung waren, sind nun der Meinung, da sei Madrid völlig über das Ziel hinausgeschossen.

Madrid hat nun also definitiv eine Baustelle und wie man diese Trümmer wieder zusammenfügen will, ist völlig offen. Man darf also gespannt sein, wen die Katalanen am 10. November 2019 ins Regionalparlament berufen werden.

Mit dieser Steilvorlage müsste fast ein Wunder passieren, wenn die Separatisten nicht den höchsten Wähleranteil aller Zeiten einfahren würden.

Und dann wird Madrid erneut über die Bücher müssen. Dieser Konflikt enthält dank solchen Extrempositionen fast alle Zutaten um sich zu einem Bürgerkrieg zu entwickeln. Man darf da durchaus Vergleiche mit Nordirland ziehen.

Und weil König Felipe VI. mit seinem knallharten Statement das Vertrauen bei den Katalanen wohl verspielt hat, überlegt man sich in Spanien wohl bald verzweifelt, welche gestandene und weitherum akzeptierte spanische Persönlichkeit die Parteien wieder zu Vernunft, Gesprächen und einer tragfähigen Lösung führen könnte.

Mit den zurzeit zuvorderst stehenden Betonköpfen ist im Moment sicher nichts zu machen, leider.